

Dezember '80

# rote blätter

Studentenmagazin

EXTRA

Organ des MSB Spartakus

## Rien ne va plus?

Rotstift, Hochschulschließungen,  
NATO-Rüstung und Studenten-  
bewegung

Im November 1980 geschah Ungeheuerliches: Der Rektor der Universität Frankfurt drohte, seine Hochschule einfach dichtzumachen. Der Grund: Haushaltsskürzungen für die Universität. Der Rektor der Universität Dortmund marschierte gemeinsam mit Studenten an der Spitze eines kilometerlangen Demonstrationszuges.

Der Grund: drastische Haushaltsskür-  
zungen. Noch ungeheuerlicher: Mehr  
als zehn Jahre seit Beginn der Studen-  
tenbewegung, drei Jahre nach dem  
bundesweiten Streik, sitzen die Stu-  
denten immer noch zu 4000 (Ham-  
burg) auf den Vollversammlungen,  
beteiligen sich mehr als 50 Prozent  
(Dortmund) an Demonstrationen, ja  
„überreden“ die Universitätsleitun-  
gen selber zu Protestmaßnahmen, die  
der deutschen Beamtenmentalität  
nun wahrlich fernliegen. Der Grund:  
drastische Haushaltsskürzungen und  
Kampftraditionen, von denen die  
Studenten offensichtlich nicht lassen

Aber damit nicht genug, nachdem der  
Bund schon kräftig gekürzt hat, zie-  
hen die Länder vom Verbleibenden  
noch mal was ab. Zum Beispiel allein  
in Hessen über 20 Millionen DM. In  
Baden-Württemberg sollen ganze  
PHs geschlossen werden. In Nord-  
rhein-Westfalen werden durch die  
Auflösung der PHs Tausende von  
„überreden“ die Universitätsleitun-  
gen selber zu Protestmaßnahmen, die  
der deutschen Beamtenmentalität  
nun wahrlich fernliegen. Der Grund:  
drastische Haushaltsskürzungen und  
Kampftraditionen, von denen die  
Studenten offensichtlich nicht lassen

Infolge der Stahlkrise sind z. B. allein  
in Dortmund 40 000 Arbeitsplätze  
bedroht. Kassiert werden soll trotz-  
dem weiter, aber von den Richtigen.  
Investitionshilfen wird es auch wei-  
terhin geben, natürlich streng „pro-  
duktivitätsorientiert“.

Die besonders drastischen Sparmaß-  
nahmen für die Hochschulen sind  
von Schmude, Schmidt, Matthöfer  
und Co. für die Hochschulpolitik der  
achtziger Jahre: Rien ne va plus.

Nun sind Kürzungen für die Hoch-  
schulen alles andere als die Ausnah-  
men, sie in Zukunft möglichst unkontrol-  
liert auch selbst ausbilden können.



wollen. Das ist auch nötig, denn die Mittelkürzungen, von denen zum Teil die Hochschulen in ihrer Existenz betroffen sind, haben Ursachen, die nur durch Kampf und sicherlich nicht von heute auf morgen zu beseitigen sind.

## „Nach den Wahlen heißt es zahlen“

Zahlen bzw. sparen sollen nach dem Willen der Bundesregierung vor allem auch Studenten und Hochschulangehörige. Und wie:

- Der Hochschulausbau soll in den nächsten vier Jahren um 20 Prozent gekürzt werden!

- Das Bafög soll für weitere zwei Jahre nicht erhöht werden!

- Zuschüsse des Bundes für den Studentenwohnheimbau sollen 1981 halbiert und danach vollständig eingestellt werden!

## Der Kraftakt: Noch mehr Kohle für die Monopole

Und damit ist es nicht bei einem „einmaligen Kraftakt“ bleibt, sind sich Unternehmerverbände, CDU/CSU und auch SPD/FDP über das Wichtigste schon einig: Wer sparen und wer kassieren soll: Sparen sollen vor allem die Arbeiter.

DEN AUSBAU FACHHOCHSCHU

Dortmunder Demo: Rektor neben AStA.

Foto: Menzen



Mit witzigen Aktionen machen die Bremer HfSS-Studenten auf Ihren Streik aufmerksam.

Foto: rb-Archiv

me. Wie üblich auf Kosten des „kleinen Mannes“ schlägt der Rotstift umfassend zu: Rentenabbau, Erhöhung kommunaler Tarife für Strom, öffentliche Verkehrsmittel, Wasser, Müllabfuhr usw. usf. Worum es geht, sagt einer, der es wissen muß! Originalton Arbeitgeberpräsident Esser:

Die Studentenzahlen will man nach dem Ablauen der geburtenstarken Jahrgänge „einfrieren“. Um das durchzusetzen, diskutiert man heute schon über verschärzte Zulassungsbeschränkungen, die Ausweitung des berüchtigten „Numerus clausus“. So hat Hamburgs Wissenschaftssenator Sinn weitere „Zugangsbeschränkungen“ als „unvermeidlich“ bezeichnet. Für Berufsakademien und einige der großen Konzernen besonders verbundene Fachhochschulen und technische Universitäten ist allerdings noch Geld da. Für die Stellenversorgung der neuen Technischen Universität Harburg nimmt derselbe Senator sogar Kredite auf. Für die Uni tut er nichts, denn da studieren ja bekanntlich vor allem Lehrer, und die stehen später sowieso auf der Straße. Denn offensichtlich soll die Bundesrepublik auch weiterhin die größten Schulklassen aller Niedertwicklungsländer haben.

## In der Rüstung sind sie fix!

Nun könnte man auch anders. Allein, man will nicht. Die „Frankfurter Allgemeine“ stellt die Frage „nach den Prioritäten in dem politischen Gesamtkonzept. Soll die Sozialpolitik Vorrang haben oder die Sicherheit?“ Und die Bundesregierung gibt – unter dem Beifall von CDU und CSU – die Antwort: Sozial- und Bildungsausgaben werden gekürzt, der Rüstungshaushalt soll real um mindestens 1,8 Prozent (+ 620 Millionen) steigen! Reagan, der den US-Rüstungshaushalt um bis zu 7 Prozent steigern will, will 3 Prozent und obendrein noch vier Milliarden mehr für die US-Truppen in der Bundesrepublik. So soll der Bundesbürger für die neue US-Atomstrategie nicht nur morgen den Kopf hinhalten, sondern schon heute kräftig bezahlen.

Weil das so ist: weil, wer denen oben nichts nimmt, denen unten nichts geben kann, gehören für uns Forderungen gegen das NATO-Raketenprogramm, für die Kürzung der Rüstungsausgaben, unverzichtbar zu unseren Aktionen gegen die Sparmaßnahmen.

## Leere Taschen, leerer Kopf...

Die rasante Sparpolitik sollte dabei über eines nicht hinwegtäuschen: Das Thema Hochschulrahmengesetz (HRG) bleibt für Hochschulen und Studenten aktuell. Die berüchtigte „Entrümplung der Studiengänge“, die vor allem durch Verkürzungen er-



Mit einem Luftballon-Happening in der Stuttgarter Innenstadt demonstrieren 200 Esslinger PH-Studenten gegen Studienplatzzerstörung und PH-Schließung.

Foto: Menzen

reicht werden soll, bleibt weiterhin Ziel offizieller Hochschulpolitik. „Entrümpt“ werden sollen vor allem kritische und fortschrittliche Studienbestandteile – zu den leeren Taschen sollen die leeren Köpfe der Studenten kommen.

Nachdem der Versuch, durch zwangswise Rauschmiß nach Ablauf der „Regelstudienzeit“ eine Verkürzung der Studiendauer durchzusetzen, gescheitert ist – die berüchtigte „Zwangsexmatrikulation“ mußte aus dem HRG gestrichen werden –, will man jetzt mehr am Stu-

dienaufbau selber drehen. So sollen in Hamburg und Nordrhein-Westfalen bis zum nächsten Sommersemester neue Lehrerprüfungsordnungen durchgesetzt werden.

## Mehr denn je: Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!

Daß die Studenten sich wehren, in einem Ausmaß, wie schon lange nicht mehr, zeigt unsere Aktionsübersicht.

Daß ihre Gegenwehr – trotz Festhalten am HRG und Sparpolitik – nicht ohne Wirkung bleibt, zeigen jüngste Entwicklungen:

In NRW wurde die Zwischenprüfungsregelung aus dem LPO-Entwurf

gestrichen, in Hamburg deutet sich die Zurücknahme der geplanten Zwischenprüfungsverschärfungen an. Die Sparpolitik macht es für die andere Seite auch nicht nur einfacher: Hochschullehrer sehen ihre Arbeit, ja ihre Stellen gefährdet, teilweise verlängert sich die Studiendauer sogar. Doch weiter: In den Koalitionsvereinbarungen von FDP und SPD wird eine „punktuelle Novellierung des HRG zur verbindlichen Einführung der Verfaßten Studentenschaft“ versprochen. Würde diese Vereinbarung Wirklichkeit, so wäre dies ein großer Fortsetzung umseitig

## ...Und die CDU-Nachwuchstalente: „Eigene Wünsche zurückstellen“

Die Bonner Parteien haben sofort nach dem 5. Oktober klargestellt, daß das geschieht, was die FAZ schon am 3. Oktober als rhetorische Frage schreiben durfte:

„Wird der Rotstift auch bei sogenannten sozialen, aber im Grunde überflüssigen Errungenschaften angesetzt werden?“

Wie der RCDS zu dieser Sparpolitik steht, was er für „im Grunde überflüssig“ hält, hat er auf seiner Bundesdelegiertenversammlung programmatisch verkündet:

„Die deutschen Studenten sind bereit, wegen der verschärften weltpolitischen Lage... die Erfüllung vieler eigener Wünsche zurückzustellen.“

Das „Nachwuchstalent der CDU“ (FAZ v. 13. 10. 1980), der RCDS-

Dingerkus, RCDS, sich als Vertreter studentischer Interessen darzustellen.

- In Hamburg schlägt er Aktionen vor.

- In Gießen will er einen Hochschultag.

- In Hamburg beschließt die Uni-Vollversammlung einen Streik; RCDSler treten als Streikbrecher auf.

- In Gießen wird gestreikt; den Vorschlag zum Hochschultag hatte die Uni-Spitze dem RCDS souffliert, um der Streikstimmung entgegenzuwirken.

An den Hochschulen ist das „Mehr-für-die-Rüstung-weniger-für-die-Bildung“-Wunschprogramm des RCDS inzwischen Wirklichkeit.

In diesem Moment versucht der

die Rüstungspolitik wehren muß, will man die Verantwortlichen treffen.

Dementsprechend feiert der RCDS die Militarisierung. Am 12. November gleicht Bonn einer Festung. Mehr als 80 Festnahmen. Überall ängstliche Menschen mit erhobenen Händen, die durchsucht werden. Polizei beherrscht das Stadtbild. „Integration des Militärs in die demokratische Gesellschaft“ nennt der RCDS diesen Vorgang. Er begrüßt das Spektakel der öffentlichen Gelöbnisse. Das soll das Bonner Studentenparlament auch tun. Im Antrag dazu schreibt der RCDS: „Unser Gelöbnis gehört zum Fortschrittlichsten, was die westlichen Demokratien zu bieten haben.“

Im Kampf um die Hochschulfinanzierung stehen die NATO-Fans auf der anderen Seite.



Erfolg der jahrelangen studentischen Aktionen. Es wäre vor allem ein Erfolg für unsere bayerischen und baden-württembergischen Kommilitonen, die ihre Interessenvertretung in den letzten Jahren auch ohne gesetzliche Grundlage verteidigt und weitergeführt haben. Es wäre ein Erfolg für diejenigen, die wegen „illegaler“ AStA-Wahlen mit Strafverfolgung und angedrohten Gefängnisstrafen zu kämpfen haben.

Deswegen gilt es nachzusetzen, bundesweit die Forderungen der bayerischen und baden-württembergischen Kommilitonen nach gesetzlicher Wiederanerkennung ihrer Interessenvertretungsorgane zu unterstützen.

Unsere sechs Punkte erlauben ein einfaches Resümee:

● Für die Studentenbewegung kommt es darauf an, „am Ball zu bleiben“, nicht nachzulassen im Kampf für ihre Forderungen gegen das Hochschulrahmengesetz, gegen Regelstudienzeit und Ordnungsrecht, für die gesetzliche Verankerung der Verfaßten Studentenschaft mit politischem Mandat!

● Für die Studentenbewegung kommt es darauf an, der drastischen Sparpolitik in massiven Aktionen entgegenzutreten, und dies mit den richtigen Verbündeten und gegen den richtigen Gegner. Unsere Verbündeten sind Arbeiter und Angestellte, Auszubildende und Schüler, die genauso von den Sparmaßnahmen betroffen sind wie wir.

● Für die Studentenbewegung kommt es darauf an zu sagen, woher das Geld kommen soll: „Wir holen uns die Kohlen von den Monopolen“, „Knackt die Rüstungskassen, Bildung für die Massen“ – selten wurden



In landesweiten Aktionen gehen Lehrlinge, arbeitslose Jugendliche, Schüler und Studenten gemeinsam für ihre Zukunft, für mehr und bessere Lehrstellen und Hochschulausbau auf die Straße. Foto: Meyborg

diese Lösungen so oft gerufen wie auf den Demonstrationen der letzten Wochen. Der Hochrüstungskurs von NATO und Bundesregierung wird in der Tat zu einer immer stärkeren sozialen Belastung der Bevölkerung. Wer ihm nicht entgegentritt, wird auf Dauer auch keine bildungspolitischen Erfolge erzielen können.

● Deswegen ruft der MSB Spartakus alle Studenten auf:

Beteiligt Euch an den Aktionen von ASten und Fachschaften, von Landes-ASten-Konferenzen und VDS!

Demonstriert gemeinsam mit den DGB-Gewerkschaften, Jugend- und Schülerverbänden!

Gegen Hochrüstungskurs und Sparpolitik, für den Ausbau der Hochschulen, für eine Bildung und Ausbildung im Interesse der arbeitenden Bevölkerung!



Weil es an der Hochschule nicht genügend Räume gibt, halten Kasseler Kunststudenten ihre Zeichenstunden im Rathaus ab.

# Stahlwerk jetzt!

Bei Hoesch in Dortmund kämpfen Umgebung keine Lehrstellen mehr den Stahlarbeiter für den Bau eines Stahlwerkes. Es geht um die Sicherung von 40 000 Arbeitsplätzen.

An den Hochschulen Dortmunds haben Protestaktionen gegen rigide Sparpläne begonnen. Regina Wiese und Volker Maibaum, Studenten an der Universität Bochum, sprachen mit Hildegard Hoffmeister und ihrem Ehemann Willi, der seit 1957 bei Hoesch arbeitet und Mitglied des Betriebsrates ist.

rote blätter: Ihr fordert „Stahlwerk jetzt!“ Worum geht es eigentlich bei Hoesch?

Willi: 1979 wurde ein Kostensenkungsprogramm für den Hoesch-Konzern beschlossen. Das beinhaltete u. a. auch den Abbau von mehr als 4000 Arbeitsplätzen. Der Betriebsrat stimmte zu, weil dafür der Bau eines neuen Stahlwerkes in den Vertrag aufgenommen wurde. Es geht also nicht um einen zusätzlichen Ausbau der Stahlproduktion, sondern um einen modernisierten Ersatz für alte Anlagen. Es werden keine neuen Arbeitsplätze geschaffen, sondern die alten sollen beibehalten werden. Obwohl bereits 2000 Arbeitsplätze vernichtet wurden, sagt jetzt der Vorstand, durch einen Verfall auf dem Stahlmarkt wären sie nicht mehr in der Lage, das Stahlwerk zu bauen. Das heißt, um mit den Worten des Oberbürgermeisters der Stadt Dortmund zu sprechen, daß vorsichtig geschätzt etwa 40 000 Arbeitsplätze wegfallen. Etwa 10 000 bei Hoesch und 30 000 in der Zuliefererindustrie.

rote blätter: Könnt ihr erzählen, was die Vernichtung der Dortmunder Stahlbasis für eure Familie bedeutet?

Hildegard: Für unsere Familie wird es schlimm. Wir haben noch zwei Jungs auf der Hütte, und die Schwieger-tochter arbeitet in der Kantine. Das sind mit meinem Mann vier Arbeitsplätze, die gefährdet sind. Dann haben wir einen Jungen, der noch zur Schule geht und ja auch mal eine Lehrstelle haben will. Wenn Hoesch nicht mehr arbeitet, dann sind in der

Umgebung keine Lehrstellen mehr vorhanden. Dann gibt es keine Steuer-Kampf um die Stahlbasis Dortmund mehr, und es können keine Schulen, Kindergärten usw. bezahlt werden. Wir diskutieren zur Zeit von den drei Hüttenwerken aus, Demonstrationen. Wir haben weniger Kaufkraft, strationszüge in die Stadt durchzuden so werden auch die Geschäfte darunter leiden.

rote blätter: Du hast gerade die Fraueninitiative erwähnt. Wer sind diese Frauen und mit welchem Ziel sind sie aktiv geworden?



gen für die gesamte Dortmunder Bevölkerung, ja für das gesamte östliche von Hoesch-Arbeitern. Dann haben sich nach und nach andere Frauen angeschlossen: Lehrerinnen, Pastorinnen, Ärztinnen, viele Hausfrauen. Wir haben Infostände gemacht und eine öffentliche Solidaritätsveranstaltung geplant. Gerechnet hatten wir mit 40, gekommen sind 400. Wir werden weiter Unterschriften sammeln, zusätzlich zu den 5000, die wir schon haben. Wenn eine Demonstration kommt, sind wir natürlich weiter am Ball. Wir haben vor, den Männern und Frauen bei Hoesch den Rücken zu stärken, damit sie den Mut nicht verlieren.

Willi: Der Kampf gegen die Streichung ist angelaufen. Die gesamte Öffentlichkeit solidarisiert sich, bis hin zu einem einstimmigen Stadtratsbeschuß. Es gibt mittlerweile Frauen- und Bürgerinitiativen, die unter dem Namen „Stahlwerk – Jetzt!“ arbeiten. Es solidarisierten sich Fußballvereine bis hin zu Borussia Dortmund. Unterschriftenaktionen wurden von der IG Metall und den Initiativen durchgeführt. Man merkt von Woche zu Woche, wie hier der Kampf von immer mehr Menschen aufgenommen wird, die feststellen, daß die Existenz der Stadt Dortmund auf dem Spiel steht. Entscheidend für den Erfolg wird sein, wie die Belegschaft

rote blätter: Am 12. November demonstrierten hier in Dortmund 7000 Hochschulangehörige gegen die Bonner Sparpläne. Seht ihr einen Zusammenhang zwischen dem Sparprogramm, dem Protest der Hochschulangehörigen und eurem Kampf für

den sofortigen Bau eines Stahlwerkes?

Willi: In der Bundesrepublik fehlen eine Million Wohnungen. Um diese zu bauen, werden eine Million Tonnen Stahl benötigt. Wenn die Bonner Sparpläne so weit gehen, daß im Wohnungsbau oder am Hochschulbau gespart wird, dann wirkt sich das auf den Stahlmarkt aus und auf uns Hoescharbeiter.

Es geht also im Grunde um gemeinsame Forderungen, um die Gestaltung der gemeinsamen Zukunft.

Wenn wir uns an den Demonstrationszug gestellt haben, mit unserer Schilderwand „Solidarität“, dann wollten wir damit die Solidarität der Arbeiter mit dem Kampf der Studenten zum Ausdruck bringen und gleichzeitig für die Solidarität der Studenten mit unserem Kampf für das neue Stahlwerk in Dortmund werben.



## Die Hochschule der 80er Jahre: ein kapitalistischer Großbetrieb?

### Inhalt:

Stand der HRG-Durchsetzung und aktuelle hochschul-politische Konzepte und Entwicklungen

Von Gerd Manke,

Student '80 – NST, Schlaffi, neue Studentengeneration?  
Von Bernd Gäbler

Die Hochschule im Wissenschaftssystem der BRD  
Von Thomas Neumann

Das FACIT-extra gibt es an den Büchertischen des MSB Spartakus, bei jedem Spartakisten und beim Spartakus-Bundesvorstand, Preis: 2,- DM.

Bestellungen an:  
MSB Spartakus  
Bundesvorstand  
Postfach 2006  
5300 Bonn 1

Betrag in Briefmarken beilegen.

Ab 1. Dezember bei jedem Spartakisten:

# Die neuen roten blätter!

**Impressum:** Extraausgabe des monatlich erscheinenden Studentenmagazins „rote blätter“, Herausgeber: Bundesvorstand des MSB Spartakus. Verantwortlicher Redakteur: Franz Sommerfeld, Buschstraße 81, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 20 53/54.

Auf 56 Seiten Themen zu:

Rekrutenvereidigung ● Frauen in die Bundeswehr? ● Wirtschaftskrise in der BRD ● Reagan, ein heißer Krieger? ● Wohnen und Kapitalismus ● Interview mit stellv. DDR-Kulturminister ● Kampf gegen Startbahn West ● Weihnachten zu Hause

Mit Beiträgen von: Doermann, Drewitz, Huffschmid, Hervé, Parnass.